



Anträge

zur Landesvertreter:innenversammlung
der SPD Baden-Württemberg
am 15. Dezember 2024
in Schwäbisch Gmünd

Berichterstatter:innen

Daniela Harsch René Repasi

Mitglieder der Antragskommission

Bettina Ahrens-Diez

Leon Hahn

Simone Höllmüller

Wolfgang Katzmarek

Leon Köpfle

Judith Marvi

Lina Seitzl

Philippa Stolle

Florian Wahl

Boris Weihrauch

Stephanie Bernickel

Jan Hambach

Assad Hussain

Miriam Koch

Kevin Leiser

Katja Mast

Viviane Sigg

Tim Strobel

Pascal Wasow

Annalena Wirth

Lars Castellucci

Daniela Harsch

Ademir Karamehmedovic

Birte Könnecke

Farah Maktoul

Rene Repasi

Katharina Spohrer

An Tang Huynh Trong An

Jonas Weber

Annkathrin Wulff

René Repasi

Daniela Harsch

Lina Seitzl

Vorsitzender

Stellvertreterin

Stellvertreterin

Impressum

Herausgeber

SPD-Landesverband Baden-Württemberg

Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart

www.spd-bw.de

Geschäftsordnung der Antragskommission des SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg

§ 1

- (1) Die Antragskommission besteht aus 30 vom Landesparteitag gewählten Mitgliedern. Sie wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende.
- (2) Die Antragskommission kann Unterkommissionen bilden.
- (3) Die Antragskommission bestimmt aus ihrer Mitte die Berichterstatter.

§ 2

- (1) Die Mitglieder der Antragskommission erhalten die Anträge unmittelbar nach Ablauf der Antragsfrist von der Geschäftsstelle.
- (2) Die Antragskommission soll einen Vorschlag für den zweckmäßigen Verhandlungsablauf machen, über den der Parteitag als Geschäftsordnungsantrag entscheidet.
- (3) Liegen zu einem Sachgebiet mehrere Anträge vor, schlägt die Antragskommission einen Antrag als Grundlage der Beratung vor.

Für die Behandlung von Anträgen kann sie empfehlen:

- zur Beschlussfassung nicht geeignet
- Nichtbefassung
- erledigt durch ...
- Annahme
- Annahme in folgender Fassung: ...
- Ablehnung
- Überweisung als Material an ...

- (4) Empfehlungen der Antragskommission sollen keine inhaltlichen Änderungen der Anträge enthalten.
- (5) Auf Verlangen hat die Antragskommission das Abstimmungsergebnis bekannt zu geben und die Meinung der Minderheit vorzutragen.
- (6) Der Berichterstatter oder die Berichterstatterin der Antragskommission begründet die Empfehlungen der Antragskommission. Zur Sache selbst soll er oder sie nur Stellung nehmen, soweit dies zur Begründung der Empfehlung notwendig ist
- (7) Die Antragskommission kann Empfehlungen für die zeitliche Weiterbehandlung von Anträgen machen.

§ 3

- (1) Die erste Sitzung nach der Wahl der Antragskommission wird vom oder von der Landesvorsitzenden einberufen.
- (2) Die Einberufung zu weiteren Sitzungen erfolgt durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende der Antragskommission. Auf Antrag eines Drittels der Mitglieder der Kommission hat er oder sie die Antragskommission in angemessener Frist einzuberufen.

§ 4

- (1) An den Beratungen der Antragskommission nimmt je ein Vertreter oder eine Vertreterin des Landesvorstands, der Landtagsfraktion und der baden-württembergischen SPD-Bundestagsabgeordneten und der SPD-Europaabgeordneten teil.
- (2) Die Sitzungen der Antragskommission sind delegiertenöffentlich.
- (3) Die Antragskommission kann Sachverständige zur Beratung zuziehen.

§ 5

- (1) Diese Geschäftsordnung wurde am 15./16. September 1995 in Pforzheim beschlossen.
- (2) Änderungen dieser Geschäftsordnung erfolgen auf Beschluss des Parteitages.

Inhaltsverzeichnis

01	AfD-Verbotsverfahren	3
02	Kampf gegen Rechtsextremismus	4
03	"Einen Bundestag, der alle abbildet!" - Für einen bezahlten Wahlvorbereitungsurlaub	5

Antrag 01: AfD-Verbotsverfahren

Antragsteller*in:	KV Karlsruhe-Stadt
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1 - 4 (Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung Zeile 5 - 6 (Empfehlung der Antragskommission) - Streichung

Empfehlung der Antragskommission:

- 1 Die AfD ist eine rechtsextreme Partei, die unserer Auffassung nach ~~verfassungswidrig~~
- 2 ~~ist~~ verfassungsfeindliche Ziele verfolgt. Wir fordern daher den Bundestag, ~~Bundesrat~~
- 3 ~~und Bundesregierung auf, unverzüglich ein~~
- 3 ~~Expertengremium einzusetzen, das innerhalb eines Jahres auf, in der nächsten~~
- 3 Wahlperiode unter Hinzuziehung von Expert:innen die Erfolgsaussichten für einen
- 3 Antrag auf ein
- 4 Verbotsverfahren gegen die AfD beim Bundesverfassungsgericht ~~prüft~~ zu prüfen. Dies
- 4 soll in engem Austausch mit der Bundesregierung und den Bundesländern erfolgen.

Empfehlung der Antragskommission:

- 5 ~~Dieser Antrag soll anschließend unverzüglich von Bundesrat, Bundestag und~~
- 6 ~~Bundesregierung gestellt werden.~~

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag 02: Kampf gegen Rechtsextremismus

Antragsteller*in:	KV Karlsruhe-Stadt
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Beschlusslage Antrag IR01 LPT Offenburg

1 Wir fordern:

2 1. Wir dürfen keinen Raum für rechte Ideologien lassen und dürfen nicht nachgeben.
3 Stattdessen müssen wir eigene Themen setzen und an vorderster Front stehen, wenn es
4 um die Diskussion über gesellschaftliche Fragen geht. Indem wir unsere eigenen Themen
5 priorisieren, können wir den Einfluss rechtsextremer Ideologien eindämmen und eine
6 konstruktive Debatte fördern.

7 2. Es ist entscheidend, eine soziale Politik zu verfolgen und nicht an ihr zu sparen.
8 Durch die Schaffung von gerechten Arbeitsbedingungen, angemessenen Löhnen und
9 sozialen Absicherungen können wir die soziale Ungleichheit bekämpfen und die
10 Attraktivität rechtsextremer Ideologien mindern. Dabei gilt es sowohl Menschen, die
11 in Arbeitslosigkeit geraten, zu unterstützen als auch dem Mittelstand Abstiegsängste
12 zu nehmen. Auch hier ist es falsch, neoliberalen und konservativen Narrativen
13 nachzugehen, die nach unten treten, sondern es bedarf einer lauten
14 sozialdemokratischen Stimme, die auf die gesellschaftlichen Ungleichheiten zwischen
15 Arm und Reich aufmerksam macht.

16 3. Bildungspolitik spielt eine entscheidende Rolle bei der Prävention von
17 rechtsextremen Tendenzen. Wir müssen in die Bildung von Jugendlichen und Erwachsenen
18 investieren, um sie zu mündigen Bürger:innen zu erziehen oder weiterzubilden, damit
19 sie in der Lage sind, rechte Propaganda zu erkennen und zu widerstehen.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag 03: "Einen Bundestag, der alle abbildet!" - Für einen bezahlten Wahlvorbereitungsurlaub

Antragsteller*in:	KV Karlsruhe-Stadt
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an nächsten ordentlichen Landesparteitag

- 1 Wir fordern, dass das Abgeordnetengesetz (Deutscher Bundestag) künftig einen
- 2 bezahlten Wahlvorbereitungsurlaub vorsieht.
- 3 Aktuell sieht das Gesetz vor, dass Kandidierenden um einen Sitz im Bundestag zur
- 4 Vorbereitung der Wahl innerhalb der letzten zwei Monate vor dem Wahltag auf Antrag
- 5 Urlaub von bis zu zwei Monaten zu gewähren ist. Es besteht aber kein Anspruch auf
- 6 Fortzahlung der Bezüge für die Dauer der Beurlaubung - das möchten wir verändern.
- 7 Künftig soll es einen Anspruch auf Fortzahlung der Bezüge für die Dauer der
- 8 Beurlaubung geben.

Begründung

Erfolgt mündlich